Inhaltsverzeichnis

A. Anlass und Auftrag	1
1. Urteil vom 17. Dezember 2014	1
2. Diskussion	1
3. Zweck der gutachterlichen Stellungnahme	3
B. Verfassungsrechtliche und politische Rahmenbedingungen der Erbschaftsteuer beim Übergang betrieblichen Vermögens	4
1. Die Steuer als Eingriff in das Eigentum	4
2. Das Erbrecht und die Besteuerung des Erbes.....	5
a) Das Erbrecht als Grundrecht im System von Freiheit und Eigentum	5
b) Sozialbindung des Erbrechts als Differenzierungsgrund.....	6
c) Einwirkung von Art. 6 GG als Differenzierungsgrund	7
3. Der politische Streit um die Erbschaftsteuer	7
C. Das Urteil vom 17. Dezember 2014	11
1. Anlass und Gegenstand des Urteils.....	11
2. Regelverschonung	12
3. Die Unterscheidung von Betriebs- und Verwaltungsvermögen.....	12
4. Der Sachgrund der steuerlichen Verschonung	13
5. Schwierigkeiten der Abgrenzung.....	16
6. Betriebsbezogene Sicherungen des gesetzlichen Förderungszwecks	17
7. Die verfassungsrechtlichen Kernaussagen des Urteils	17
a) Ziel und Konzept verfassungsgemäß	17
b) Großer Spielraum und enge Prüfung	19
c) Grenzziehung zwischen mittleren und großen Unternehmen im Blick auf die Bedürfnisprüfung.....	20
d) Weitere festgestellte Verstöße.....	21
aa) Beanstandete Lohnsummenregelung	21
bb) 50 Prozent-Regelung Verwaltungsvermögen.....	22
cc) Gestaltungsmöglichkeiten	23

D. Reformbedarf	25
1. Verdeutlichung des Lenkungsziels	25
2. Achilles-Ferse Bedürfnisprüfung	26
a) Zweck der Bedürfnisprüfung und Größenbestimmung	26
b) Wertermittlung des Unternehmensanteils	27
c) Die Abhängigkeit der Bedürfnisprüfung vom Lenkungsziel	28
E. Beurteilung der Eckpunkte BMF und der Vorschläge der Stiftung Familienunternehmen ...29	
1. Abgrenzung des begünstigten Vermögens vom Verwaltungsvermögen	29
a) Eckwerte des BMF	29
b) Vorschlag Stiftung Familienunternehmen.....	29
c) Beurteilung	29
2. Verschonungskonzept.....	30
a) Eckwerte des BMF	30
b) Vorschlag der Stiftung Familienunternehmen.....	31
c) Bewertung.....	31
aa) Missbrauchsanfälligkeit qualitativer Kriterien	31
bb) Berücksichtigung von Privatvermögen.....	32
cc) Gründe für die Fortschreibung des enumerativ gefassten Verwaltungsvermögens...	33
dd) Konsolidierung des Verwaltungsvermögens.....	35
ee) Reinvestitionsklausel.....	35
ff) Weitere Gesichtspunkte.....	36
3. Einzelregelungen	36
a) Mindestlohnsummenkriterium	36
b) Konsolidierte Betrachtung auf Konzernebene.....	37
F. Resümee	38